



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Bayerische Interessen schützen – Bewertung des Verhandlungsmandats der EU-Kommission zur TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und des Final Reports der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth (HLWG) in Bezug auf die öffentliche Versorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über folgendes zu berichten:

1. Ist der Staatsregierung der Inhalt des EU-Verhandlungsmandats im Wortlaut bekannt? Wenn ja, wie beurteilt die Staatsregierung die im Verhandlungsmandat der EU-Kommission enthaltenen Formulierungen zur öffentlichen Versorgung bzw. kommunalen Daseinsvorsorge und welche aktiven Schlüsse werden von Seiten der Staatsregierung daraus gezogen?
2. Trifft es zu, dass die TTIP-Verhandlungen unter anderem auf der Basis des Final Reports der HLWG geführt werden? Wenn ja, wie beurteilt die Staatsregierung diese Verhandlungsgrundlage im Hinblick auf mögliche Konsequenzen für die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge?

Begründung:

Das der EU-Kommission an die Hand gegebene Verhandlungsmandat und der Final Report der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth werden unter anderem als Ausgangsbasis für die Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA genannt. Die im Mandat und dem Final Report enthaltenen Formulierungen sind demnach von größter Bedeutung für die Verhandlungsführung zu einem TTIP-Abkommen und bedürfen einer transparenten Bewertung durch die Staatsregierung. Ziel muss sein, die Interessen und Werte der bayerischen Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf explizite Verhandlungsinhalte, wie der kommunalen Daseinsvorsorge, bereits frühzeitig und aktiv zu vertreten und schützen zu können.